

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen die Reichszerstörung!

Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, geschlossen für Ordnung und Freiheit des Reiches einzutreten, wenn ihr von den rechtsradikalen Putschisten der Kampf aufgezwungen wird.

Den Kopf steckt in den Sand, wer nicht heute schon klar erkennt:

Die Putschisten wollen den Kampf!

Jedes Ausweichen wird der Reichsregierung als Schwäche gedeutet und fördert nur die Angriffslust der Reichsverderber.

Die werttätige Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamte, stehen in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Verfassung. Sie stehen hinter denen, die den Willen haben, Deutschland vor der Herrschaft wilder Prätorianerhorden zu schützen.

Neben den Organen des Reiches werden die

Landesregierungen den Umsturz abzuwehren

haben. Auf ihren Ruf muß jeder, der die Freiheit liebt, jeder, der die Zukunft Deutschlands nicht zerschlagen lassen will, sich zur Verfügung stellen. Ein Heer von waffengeübten Republikanern wird aus dem Boden wachsen, sobald es gerufen wird. Bandenbildungen und Freikorpsformationen führen nicht zum Ziel. Nur in Angliederung an die Organe der staatlichen Gewalt kann und soll der Kampf um die Freiheit geführt werden.

Sozialdemokraten! Seid bereit, für die Erhaltung der deutschen Republik alles einzusetzen!

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Reform und Abbau.

Von Dr. Carl Herz-Spandan.

Die demokratischen Fraktionen haben im Reichstag und Landtag Anträge eingebracht, die auf Vereinfachung der Verwaltung abzielen. Die Vereinfachung soll durch Zusammenlegung von Ministerien, Verringerung der Instanzen, Dezentralisierung und Erweiterung der Selbstverwaltung sowie durch Aufhebung veralteter Gesetze herbeigeführt werden. Diese Reformwünsche treffen die entscheidenden Gesichtspunkte und lassen Sachkunde und genaue Kenntnis des gegenwärtigen Zustandes der Verwaltung erkennen. Die Sozialdemokratische Partei wird an diesem Antrag nicht leicht hin vorübergehen dürfen. Vielmehr wird man nicht ohne Bedauern sagen müssen, daß die sonst nicht gerade lebenskräftige demokratische Partei hier die Initiative ergriffen hat in einer Frage, die zu lösen die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen wäre.

Gustav Schmoller, der als Geschichtsschreiber viel erträglicher ist wie als theoretischer Nationalökonom, spricht bei Schilderung der Straßburger Junkenkämpfe des 14. Jahrhunderts von dem Fehler, „den wir in der Gegenwart so tausendfach begehen; man glaubte, daß eine veränderte Verfassung allein helfen könne, während zugleich der ganze Mechanismus der Verwaltung, die Gliederung des Beamtenwesens, ein anderer werden mußte“. Die Revolution hat wie alle Fehler einer unvollendeten Revolution so auch diesen Fehler begangen. Man schuf überall demokratische Verfassungen und ließ die reaktionären Verwaltungen unverändert weiterarbeiten. Der ganze Streit um Demokratie und Diktatur ging letzten Endes um das Problem, die breite Masse des Volkes zum unmittelbaren Träger der öffentlichen Verwaltung zu machen. Als die revolutionäre Flut abgeebbt war, stellte sich nun freilich gerade das entgegengesetzte Resultat heraus. Die alte Bureaucratie hatte sich im vollen Umfange behauptet. Ja noch mehr: Die Ironie der Geschichte, die nach dem viel zitierten Wort von Engels alles auf den Kopf stellt, hat die sozialdemokratischen Minister gezwungen, sich zur Erhaltung der schwer erfüllten Staatseinheit und Staatsautorität auf diesen

Ein Aufruf der Demokraten.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf:

Der Aufruf der Reichsregierung zeigt den Ernst der Lage. Gewissenlose Verächter bedrohen den inneren Frieden und die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände. Dadurch gefährden sie das letzte Gut, das uns der Versailles Vertrag gelassen hat: die deutsche Einheit.

Innerer Unruhen und Bürgerkrieg würden mit eiserner Notwendigkeit die Auflösung des Reiches herbeiführen.

Deutsche Republikaner, Demokraten! Dieser Aufruf muß an den unbeugsamen Willen der reichstreuenden Bevölkerung zerfallen. Bauern und Arbeiter, Angehörige, Beamte und alle Bürger! Sammet euch zum Schutze des Reiches! Laßt alle Meinungsverschiedenheiten, alle Versäumnungen ruhen und laßt euch um das Reich und seine Freiheit!

Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufes Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu verstärken, haben die waffengedienten Demokraten dem Ruhe des Vaterlandes Folge zu leisten. Werbt in unseren Reihen für diese Pflicht! Trefft die erforderlichen Vorbereitungen! Die deutsche Republik ist stark gegen die Reichszerstörer, wenn sie stark sein will, und auf eine mächtige Hilfe rechnen kann.

Deutsche Demokraten! Höchste Marimbereitschaft für die Republik, Einheit und Freiheit des Reiches!

Die Deutsche Demokratische Partei.

Der Kampf um die Konferenz.

London, 6. November. (WTB.) „Times“ berichtet, daß die britische Regierung jetzt die Antworten von allen drei alliierten Mächten erhalten hat, denen sie einen Entwurf für die Einladung an die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an dem Untersuchungs-ausschuß für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unterbreitet hat. Belgien und Italien haben beide dem britischen Entwurf zugestimmt. Die belgische Regierung schlägt eine geringfügige Änderung vor, der die britische Regierung gern zustimmt, und gegen die die italienische Regierung ebenfalls keinen Einwand erhob. Es verlautet jedoch, daß die von Poincaré gemachten Änderungen die Reichweite der Untersuchung derartig beschränken, daß es eine Frage erster Erwägung für das britische Kabinett sein müsse, ob es der Mühe wert sei, mit dem Projekt fortzuführen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, im Hinblick der augenblicklichen Übereinstimmung der Ansichten zwischen London, Rom und Brüssel werde der französische Versuch, im voraus die Reichweite einer Untersuchung zu umgrenzen, zum großen Teil erklärt durch die Furcht, daß, wenn dies der Reparationskommission selbst überlassen wird, Frankreich sich in einer Minderheit von einem gegen alle übrigen befindlichen könnte.

Serbisches Ultimatum an Bulgarien.

Belgrad, 6. November. (Ill.) Heute mittag überreichte der jugoslawische Gesandte in Sofia dem bulgarischen Außenminister eine Note, in welcher für die vor einigen Tagen erfolgte Ermordung eines Mitgliedes der jugoslawischen diplomatischen Mission in Sofia

von der bulgarischen Regierung eine Entschädigung und die Genärung gefordert wird, daß sie den Vorfall behaupte, ferner eine Entschädigung der bulgarischen Regierung gegenüber dem Vertreter des sübslawischen Königreiches in Sofia, weiter eine persönliche Erklärung des Vobranas seitens des bulgarischen Kriegsministers gegenüber dem jugoslawischen Militärattaché. Eine Abstellung von 20 bulgarischen Soldaten habe die Ehrenbezeugung vor der jugoslawischen Botschaft auf dem Gebände der jugoslawischen Gesandtschaft in Sofia zu leisten. Weiter ist eine energische Untersuchung seitens der bulgarischen Behörden vorzunehmen und sind dahin die Verbrechen ausfindig zu machen und diese, sowie deren Mitschuldige strengstens zu bestrafen. Die materielle Entschädigung für die Verletzungen der überfallenen Personen wird dem künftigen Schiedsgerichtshof im Haag unterbreitet werden. Für die Durchführung der beschriebenen Punkte wurde der bulgarischen Regierung eine Frist von 48 Stunden eingebracht.

Gegen die Antisemiten!

Im Hinblick auf die gestrige Störung der öffentlichen Ordnung in Berlin, die vorwiegend antisemitischen Charakter trug, hat der Reichspräsident von Berlin die für heute abend anberaumten drei Versammlungen des Deutschen Herold, einer deutschjüdischen Organisation, verboten.

Börsenstimmung.

Gerüchte und Wahrheiten.

An der Börse herrscht heute eine außerordentlich pessimistische Auffassung der politischen und finanziellen Lage. Die Tatsache, daß das Ausland mehr und mehr Zahlungen in Papiermark ablehnt, daß auch im Inland die Verwirrung im Zahlungsverkehr erschreckend an sich greift, gab zu ernstesten Besorgungen Anlaß. Die von weiten Kreisen erhobene Forderung, die deutschen Börsen bis zur Ausgabe der Rentenmark zu schließen und amtliche Notierungen erst wieder vorzunehmen, sobald diese in wertbeständigen Werten möglich sind, rief heute das Gerücht hervor, daß der Börsenvorstand in seiner heutigen Sitzung über die Schließung der Börse beraten habe. Der Börsenvorstand hat sich jedoch mit ganz anderen Dingen beschäftigt, die Schließung der Börse stand offiziell nicht zur Diskussion. Man befürchtet von einer solchen Maßnahme noch mehrere Störungen im allgemeinen Geschäftsverkehr. Auch das Preussische Handelsministerium hat sich gegen eine Schließung ausgesprochen.

Immerhin bewirkte die Sorge vor innerpolitischen Ereignissen, daß am Effektenmarkt sich ein stärkeres Angebot zeigt. Auch die plötzlich eingetretene Versteifung des Geldmarktes, die in Sähen für Tagesgeld von 6 Prozent zum Ausdruck kommt, hat die Verkaufsnelung stark gefördert. Zu berücksichtigen ist, daß nach den gestrigen amtlichen Notierungen die Kurse der meisten Effekten in Gold umgerechnet, außerordentlich hoch liegen. Hieran trägt natürlich die künstliche Niederhaltung des Dollarkurses die Schuld. Aber dieses Mißverhältnis zwischen Devisen und Effektenkursen wirkt doch drückend auf die letzteren. Die heute genannten Kurse liegen größtenteils wesentlich unter den gestrigen amtlichen Notierungen.

Im Devisenverkehr setzte die Reichsbank die Kurse wieder auf der Höhe der gestrigen amtlichen Notierungen fest. Es wurden wiederum die wichtigsten Devisen nur dreiprozentig zugeteilt.

früher von ihnen auf Tod und Wehen bekämpften Staatsapparat stützen. Daher schreibt sich zum nicht geringen Teil der konservativen Charakter unserer Verwaltungsapparate her, der namentlich dem vorurteilslosen Ausländer bei Betrachtung deutscher Verhältnisse immer wieder auffällt. Die sozialdemokratischen Minister suchten überall die Staatsgewalt in ihrer Hand zu konzentrieren, um damit einen Damm gegen den Ansturm von links und rechts zu schaffen. Daraus ergab sich nun aber wieder eine Störung des Einflusses der alten, im Grunde antirepublikanischen Bureaucratie, die nun ihrerseits aktiv vorging, die vom Parlament erlassenen demokratischen und republikanischen Schutzgesetze sabotierte und vielfach den Stützpunkt für die Tätigkeit rechtspolitischer Organisationen abgab. Die zentralistische Verwaltungspolitik der Nachkriegszeit vernichtete aber weiter den sorgfältigen Rest der Selbstverwaltung und zerstörte damit unerlebbare politische, kulturelle und finanzielle Werte. Es ist nachgerade ein Skandal geworden, mit welchen Papallien man sich in den Ministerien beschäftigt; und ebenso skandalös ist die Bevormundung der Selbstverwaltung, die vielfach schlimmer ist als in der wilhelminischen Zeit. Die Folge ist, daß die Ministerien mit ihrem hochbezahlten Beamtenspersonal sich zu riesigen Wasserlöpfen auswachen, daß dem Verwaltungsapparat jede Anpassungsfähigkeit an den schnellen Wandel der Verhältnisse abgeht und daß jener öde Formalismus und Verlaufs entsteht, der in ähnlicher Situation einem Freiherrn von Stein immer neue Worte der Entrüstung einlößte. Wenn man nicht den Kampf gegen diesen alles überwuchernden zentralistischen Bureaucratismus aufnimmt, ist alle aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Parlamentarier völlig nutzlos.

Hand in Hand mit der wachsenden Unproduktivität der Verwaltung ging aber als Folge der Zentralisationstendenz, die nicht nur im Reich, sondern in allen Ländern sich bemerkbar machte, eine ungeheure Personalvermehrung. Eine Verwaltungsvollstreckung, die den örtlichen Instanzen jede Entscheidungsfreiheit nimmt und jede noch so geringfügige Angelegenheit durch alle Stufenwerke bis zum Ministerium hinaufführt, beansprucht natürlich gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine erhebliche Personalvermehrung, besonders wenn man noch obendrein möglichst komplizierte Abrechnungs- und Kontrollsysteme schafft. Die Beamtengewerkschaften haben daher grundsätzlich recht, wenn sie bei der Verhandlung über den Beamtenabbau erklärten, daß ein Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung erst dann vorgenommen werden könne, wenn durch organisatorische und gesetzgeberische Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Freilich werden wir namentlich in Preußen, nach der Probe, die wir mit dem Entwurf einer neuen Städteordnung jetzt erleben müssen, auf absehbare Zeit mit einer wirklich demokratischen und daher Kräfte ersparenden Verwaltungsreform nicht zu rechnen haben.

Immerhin wäre es natürlich falsch, auf jeden Beamtenabbau verzichten zu wollen. Selbst bei der heutigen Verwaltungsorganisation ist die Verschwendung mit Arbeitskräften im öffentlichen Dienst ungeheuer. Aus der bolschewistischen Periode der Nachkriegszeit hat man in gewohnheitsmäßiger Gedankenlosigkeit, die sich in der Bureaucratie sehr leicht ausbildet, völlig veraltete und schwerfällige Formen der Geschäftsführung übernommen. Die Zahl der höheren Beamten ist überall zu vermindern, die Stellung der mittleren Beamten selbständiger zu gestalten. Darüber hinaus werden manche Arbeitsgebiete eine Einschränkung erfahren müssen. Jede Demagogie würde